



Demonstration Berlin 5.5.2009 mit Karin Evers Meyer, Silvia Schmidt, Uwe Schönfeld

Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ nahm an der Kundgebung „Teilhabe jetzt – Eine Gesellschaft für alle“ vor dem Bundeskanzleramt teil. Trotz Regen und Sturm waren ca. 250 Menschen mit Behinderung, Politiker, Verbandsvertreter, Assistenten und Angehörige dem Aufruf zu einer Demonstration unter dem Motto „Teilhabe jetzt – Eine Gesellschaft für alle“ vor dem Bundeskanzleramt in Berlin gefolgt. Anlass war der Europäische Protesttag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung, den die „Aktion Mensch“ mit Plakaten, Ansteckern, Postkarten und Informationsmaterial tatkräftig unterstützte. Silvia Schmidt, MdB, war mit allen Teilnehmern der vorangegangenen Sitzung der Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ erschienen. In ihrer Begrüßungsrede stellte sie die Ziele der Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ vor, die sich – im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung – dafür einsetzt, dass ältere Menschen und Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben dort führen, wo sie wirklich leben möchten: Mittendrin in der Gesellschaft, in ihrer Gemeinde. Dies bekräftigte Karin Evers-Meyer, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, die vor allem die Bedeutung integrativer Schulen hervorhob.

„Ich werde diese Botschaft mit in die Fraktionssitzung nehmen“, versprach Andrea Nahles, Vizechefin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. „Die Politik muss die Voraussetzungen schaffen, damit Menschen mit Behinderung uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben.“ Die „Internationale Liga für Menschenrechte“ wurde von Frau Ursula Lehmann vertreten, die in ihrem Redebeitrag das Anliegen der Demonstranten auf den Punkt brachte: „Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen aus dem aktiven gesellschaftlichen Leben ist immer die Konsequenz eines überlieferten Desinteresses an der Einbeziehung von Schwachen und von „Abwechslern“ vom so genannten „Normalen“ oder wie es heutzutage heißt: „FITTESTEN.“ Auf den hohen Unterstützungsbedarf von Familien mit behinderten Kindern wies Helmut Rebmann vom „Verein Mobil mit Behinderung e.V.“ hin. „Wir fordern ein Recht auf Mobilität gemäß Artikel 20 der UN-Konvention.“ Der Verein berät und unterstützt Menschen mit Behinderung und deren Familien beim Umbau von Fahrzeugen. Denn wer „daheim“ lebt, muss auch mobil sein! Hartwig Eisel, der dem Vorstand der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. angehört, trug u.a. die Anliegen der Menschen mit Behinderung im Gesundheits- und Pflegebereich vor und Andreas Bollmer von der „Bundesvereinigung der Werkstatträte e.V.“ führte anhand von konkreten Beispielen vor Augen, wie oft der Grundsatz „Nichts ohne uns über uns“ im Alltag verletzt wird. „Oft gelte ich als Exot, wenn Politiker, Funktionäre und Verbandsvertreter Entscheidungen über

uns treffen wollen. Ich bin dann der einzige Betroffene!“ Der Vorsitzende des Gehörlosenverbandes von Brandenburg, Uwe Schönfeld, der sich für das Gebärdendolmetsching zur Verfügung gestellt hatte, gab die Forderungen von Margarethe Lipowski, der Leiterin der Selbsthilfegruppe Arbeitslosentreffs des Gehörlosenverbandes Berlin wider. Sie beklagte, dass das Recht auf einen Gebärdendolmetscher allzu oft missachtet werde. Ein Vorstellungsgespräch ohne diesen sei ein Unding, aber keine Seltenheit. Engagiert fasste Michael Wiedeburg, Vorsitzender des Sozialverbands Berlin-Brandenburg die große Bedeutung dieser Demonstration zusammen. Von ihr gehe ein Signal für die Zukunft aus und er stellte in Aussicht, dass dies nicht die letzte Kundgebung von Menschen mit Behinderungen in Berlin sein werde. Es gehe darum, sich Gehör zu verschaffen und immer wieder den Finger in die Wunde zu legen. Die Selbsthilfegruppen und Sozialverbände müssten sich noch mehr mit der Politik verbünden. Der Sozialverband Deutschland sei dazu bereit. Die Referate wurden mit großer Zustimmung aufgenommen, auch vom Spontanzusammenschluss